

DER ANDERE BLICK

Die deutsche Verblendung – Der Atomausstieg ist nichts als Ideologie

Die Abschaltung der letzten drei Reaktoren schadet dem Klima und beeinträchtigt die Energiesicherheit in Deutschland. Doch mit Fakten hält sich diese Regierung nicht auf, wenn es um die Verwirklichung des grünen Paradieses geht.

Eric Gujer

936 Kommentare →

14.04.2023, 05.30 Uhr ⌚ 5 min



Einstürzende Klimaretter: So wie dieser Kühlturm des AKW Biblis werden bald auch die anderen Kernkraftwerke in Deutschland enden.

Thorsten Gutschalk / Imago



Sie lesen einen Auszug aus dem werktäglichen Newsletter «Der andere Blick», heute von Eric Gujer, Chefredaktor der NZZ. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Eric Gujer, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung».

NZZ

Die Geschichte des deutschen Atomausstiegs währt schon zwei Jahrzehnte – seit die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder ihn erstmals ausrief. Das letzte Kapitel endet jetzt mit einer bizarren Pointe. Die letzten Kernkraftwerke werden abgeschaltet, obwohl sie sicher und wirtschaftlich sind – und das inmitten einer Energiekrise. Bizzarrer geht es nicht.

Die Folge des irrationalen Entscheids: Die deutsche Klimabilanz verschlechtert sich. Nicht nur wegen des Verzichts auf russisches Gas, sondern auch wegen des seit einigen Jahren forcierten Atomausstiegs nimmt der Anteil des Kohlestroms zu. Wer hätte es je gedacht, dass ausgerechnet die Grünen zum eifrigsten Lobby-Verein des Klima-Killers Kohle würden?

Der Grund hierfür ist pure Ideologie. Ideologien sind in der Menschheitsgeschichte stets die stärksten Treiber gewesen, gerade weil sie auf Fakten keine Rücksicht nehmen. Sie beruhen auf dem unbedingten Willen, die Welt einer Gesinnung zu unterwerfen.

Atomkraft ist CO₂-arm, und sie steht im Gegensatz zu Wind- und Sonnenstrom Tag und Nacht zur Verfügung. Angesichts von Klimawandel und Energiekrise darauf zu verzichten, ist nichts anderes als Ideologie. Geboren vor einem halben Jahrhundert im Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerks Wyhl in Südbaden und anfangs noch unbelastet vom Wissen um die Erderwärmung, prägt diese Weltanschauung die im Kern stets westdeutsche Politik.

Die Energiepolitik ist ein Sammelsurium von Skurrilitäten und Irrtümern

Ohne die Anti-Atom-Bewegung gäbe es die Grünen nicht, die seither als deren willige Vollstrecker auftreten. Wenn Historiker dereinst die Verblendung des Atomausstiegs sezieren, werden sie aber nicht nur diese Partei in den Fokus nehmen.

Die Grünen sind gewiss die Hauptschuldigen, doch haben fast alle anderen Parteien ihren Anteil an der in ihrer Konsequenz umweltschädlichen Energiepolitik. Die SPD beschloss den ersten Atomausstieg gemeinsam mit den Grünen. Die Unionsparteien verwarfen ihn zuerst, um ihn in einer nicht minder bizarren Kehrtwende umso entschlossener voranzutreiben.

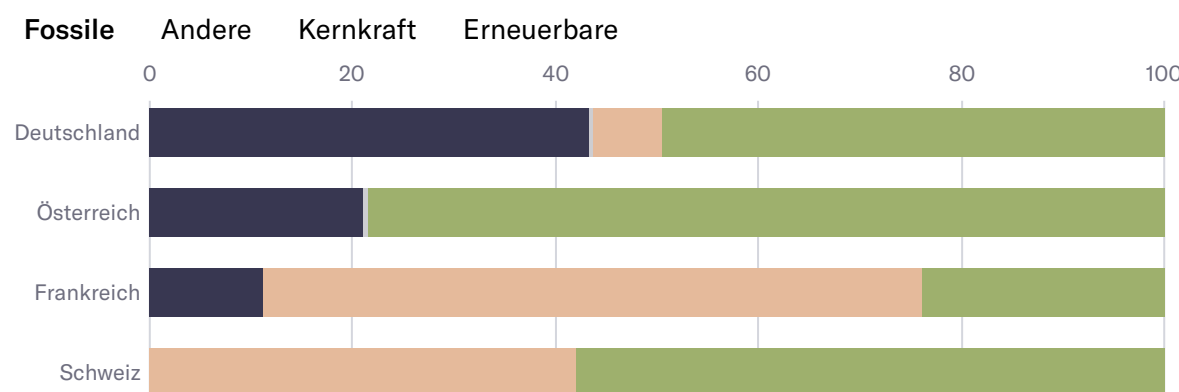
Als Helfershelfer dienten der Kanzlerin Angela Merkel in einer schwarz-gelben Koalition die Liberalen – dieselben Liberalen, die den Atomausstieg in der Ampelkoalition bekämpfen. Wer wollte da noch behaupten, die deutsche Energiepolitik sei kein Sammelsurium von Skurrilitäten und Irrtümern? (Das allerdings gilt, wenngleich aus anderen Gründen, auch für die Schweizer Energiepolitik.)

Wie es sich für eine Ideologie geziemt, nimmt auch die Anti-Atom-Doktrin auf die menschliche Natur keine Rücksicht. Menschen neigen dazu, sich für grosse Ideen zu begeistern, auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung aber tausend Gründe zu finden, deretwegen das hehre Endziel noch eine Weile aufgeschoben werden muss.

So verhält es sich auch mit dem Klimaschutz. Jeder ist dafür, die Deutschen mit besonderem Furor. Die möglichst in weiter Ferne liegenden Reduktionsziele können nicht radikal genug sein. Wenn es an die Umsetzung geht, tauchen allerdings tausend Gründe auf, die alles unendlich kompliziert machen.

Strommix von Deutschlands Nachbarn ist klimafreundlicher

Anteil der Energieträger an der Stromerzeugung im Jahr 2022, in Prozent



Quelle: energy-charts.info

NZZ / sih.

Schon die an sich nicht besonders komplexe Frage, wie sich der Anteil fossiler Heizungen vermindern lässt, spaltet die Regierung. Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck drückt aufs Tempo, die Koalitionspartner bremsen mit Blick auf Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit. Auch eine Marathonsitzung der Koalition brachte keine Lösung. Für den endgültigen Gesetzestext muss ein Formelkompromiss erst noch gefunden werden.

In der Theorie sind alle für Klimaschutz. In der Praxis existieren zahlreiche Zielkonflikte. Erforderlich ist daher zweierlei: genügend Zeit für die unvermeidlichen Güterabwägungen und technische Lösungen, die eine Anpassung an den Klimawandel ermöglichen.

Denn je länger der politische Prozess dauert, umso unwahrscheinlicher ist, dass der Temperaturanstieg auf 1,5 Grad seit Beginn der Industrialisierung begrenzt werden kann. Selbst 2 Grad bleiben ambitioniert. Das einzugestehen, ist kein Defaitismus von «Klimaleugnern», sondern die Anerkennung der Tatsachen.

Notwendig sind klimafreundliche Technologien, welche die Zeitspanne bis zur Dekarbonisierung überbrücken. Die Atomenergie ist eine solche Brückentechnologie. Herstellung und Wiederaufarbeitung der Brennelemente belasten zwar das Klima, dafür ist der Betrieb der Kraftwerke praktisch CO₂-frei.

Die in der Frühphase der AKW zu Recht diskutierten Sicherheitsrisiken erwiesen sich als beherrschbar. «Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv», dieser Slogan war so eingängig wie falsch. Die noch nicht gelöste Problematik der Endlagerung lässt sich mit sicheren Dauerprovisorien umgehen. Auch die Angst vor dem «Atomstaat», einer repressiven Gesellschaft im Namen des Fortschritts, war unbegründet.

Die einzigen valablen Argumente gegen die Atomkraft sind heute wirtschaftlicher Natur, doch betreffen sie die abgeschriebenen und voll funktionstüchtigen Altanlagen nicht.

Gas ist gut fürs Klima, Atom nicht – wie die Grünen die Realität leugnen

Die Grünen selbst forderten vor noch nicht allzu langer Zeit Brückentechnologien und glaubten, sie im Erdgas gefunden zu haben. Seit der Hauptlieferant Russland ausfällt, erfordert die Liebe zum Gas zusätzliche Verrenkungen. So setzt Habeck weiter darauf, diesmal in verflüssigter Form aus Afrika und dem Nahen Osten.

Die fossile, die Atmosphäre verschmutzende Brückentechnologie Gas ist für die Grünen opportun, die klimaschonende Atomenergie nicht. Die Verleugnung der Realität dort, wo es den eigenen Vorstellungen widerspricht, ist ein Kernelement jeder Ideologie.

Deutschland musste 2023 weniger Strom aus Kohle, Gas und Öl erzeugen

Anteil fossiler Energieträger bei der Stromerzeugung, in Prozent



Zahlen gemäss EU-Transparenzverordnung; diese entsprachen im Jahr 2020 93 Prozent des insgesamt erzeugten Stroms.

Quelle: Bundesnetzagentur/Entso-E

NZZ / sih.

Es genügt allerdings nicht, nur die Wirklichkeit zu ignorieren. Eine erfolgreiche Ideologie muss eben auch immer die Augen vor der menschlichen Natur verschliessen.

Das beste Beispiel ist der Kommunismus. Er postulierte den neuen Menschen, der alle Eigensucht überwindet, um der sozialistischen Gesellschaft zu dienen. Alle Opfer waren jedoch umsonst. Der Mensch blieb, was er immer war: mal altruistisch, mal egoistisch, auf jeden Fall so widersprüchlich, dass er ein denkbar schlechter Agent ist, um einer Utopie zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Streit um die fossilen Heizungen gibt nur einen Vorgeschmack darauf, wie reale Politik grosse Ziele ausbremst. Habeck und seine Partei leugnen das Dilemma beharrlich. Aber damit zeigen sie nur, wie urdeutsch, um nicht zu sagen bio-deutsch, sie sind. Ob Agrarwende, Energiewende oder Verkehrswende – regelmässig machen deutsche Regierungen vollmundige Versprechen, die am Ende sehr viel prosaischer daherkommen.

Die Grünen (und alle anderen Parteien, die ihren Anteil am Atomausstieg haben) demonstrieren mit ihrem Verhalten den Grundkonflikt zwischen

Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Erstere kümmert sich nur um ihr abstraktes, möglichst reines Anliegen und besudelt sich nicht die Hände mit den hierfür nötigen Kompromissen.

Die Verantwortungsethik hingegen weiss, dass es keine absoluten Wahrheiten gibt und jede erfolgreiche Politik Abstriche an den ursprünglichen Anliegen erfordert.

Gesinnungsethik ist das Vorrecht der Jugend; Fridays for Future wie die Letzte Generation machen davon ausgiebig Gebrauch. Dass sich allerdings auch das Bundesverfassungsgericht nur für Gesinnung und nicht für den steinigen Weg der Umsetzung interessiert, ist eine spezifisch deutsche Verrücktheit.

In ihrem Klima-Urteil von 2021 verpflichteten die Karlsruher Richter Legislative und Exekutive auf ehrgeizige Langfristziele und verschwendeten keinen Gedanken daran, dass künftige Generationen andere Prioritäten setzen könnten. Hauptsache, gut gemeint, ist eigentlich kein Grundsatz kluger Staatsräson, als deren Wächter sich das Verfassungsgericht aufspielt.

So ist der Atomausstieg am Ende ein ausser Kontrolle geratener Streifzug durch die Geistesgeschichte. Der Idealismus interessierte sich stets für reine Vorstellungen, die Romantik fand diese in der Natur (und später zeitgemäss in der Jagd auf das Waldsterben). Wenn am Wochenende die letzten drei Reaktoren vom Netz gehen, obsiegt wieder einmal der Weltgeist aus Deutschland. Wie immer, wenn es so weit kommt, ist das mehr Drohung als Verheissung.

936 Kommentare

Aljosa Colombo vor etwa einem Jahr

Man muss sich das mal vorstellen. Nach Jahrzehnten einer Billionen teuren, von Anfang an zum Scheitern verurteilten Klimawende kommt man gerade mal auf läppische 5.5% Primärenergie aus Wind/Solkraft und meint dann über 6% einer komplett CO2 freien Energiequelle abschalten zu